

Legislaturprogramm 2007-2011

**SP Baselland
Landratsfraktion**

November 2007

Einleitung



Politik braucht Programme. Wer sich im Alltagsgeschäft verliert, verliert leicht die Ziele aus den Augen, mit denen er oder sie angetreten ist. Solche Ziele – meist festgehalten in Wahlplattformen und Wahlversprechungen – sind aber oft sehr weit und allgemein gehalten. Um in der konkreten Arbeit im Parlament und in den Kommissionen auf Kurs bleiben zu können, braucht es einen weiteren Schritt ins Konkrete: Eben diese Umsetzung in konkrete Forderungen macht die SP-

Landratsfraktion mit diesem Legislaturprogramm. Der nächste Schritt liegt dann darin, diese Anregungen zu einzelnen Vorstössen auszubauen und dafür Mehrheiten zu finden.

Das Legislaturprogramm ist nicht ein visionäres Konzept. Vielmehr zielt auf das, was wir in den nächsten vier Jahren als notwendig und machbar halten. Es ist ein Arbeitsprogramm, in dem sich die 22 Mitglieder der Landratsfraktion dazu verpflichten, die gestellten Forderungen aufzugreifen und in Vorstössen aufs politische Tapet zu bringen. Wir werden bei diesen Themen am Ball bleiben und unsere Positionen weiterentwickeln. In diesem Sinn soll das Arbeitsprogramm dazu beitragen, dass wir im parlamentarischen Betrieb nicht bloss von der Hand in den Mund leben. Denn wer das tut, wird leicht handzahn.

Handzahn sind wir aber nicht. Die von der SP-Fraktion angeregte Energiedebatte im Landrat vom 1. November 2007 hat gezeigt, dass es möglich ist, gegen die Regierung Mehrheiten zu finden und unsere Positionen durchzusetzen. Der Start in die Legislatur ist gelungen. Ebenfalls am 1. November 2007 hat die SP-Landratsfraktion dieses Legislaturprogramm beschlossen – damit wir auf Kurs bleiben.

Ruedi Brassel, Fraktionspräsident

Inhalt

Einleitung	2
Soziales und Arbeit	3
Umwelt und Energie	4
Finanzen und Wirtschaft	5
Sicherheit und Justiz	6
Infrastruktur und Planung	7
Gesundheit und Prävention	8
Bildung, Kultur und Sport	9
Fraktionsmitglieder und Adressen	10

Soziales und Arbeit

1. Prämienverbilligung:

Wir fordern die gezielte Entlastung von Familien durch die Krankenkassenprämienverbilligung.

Die Prämienverbilligungen müssen effektiv jenen zugute kommen, die sie am nötigsten haben. Sie müssen so ausgestaltet und jeweils jährlich entsprechend den Bundesbeiträgen so angepasst werden, dass durch sie für die untersten Einkommenskategorien allfällige Prämien erhöhungen aufgefangen werden können.

2. Lohnentwicklung zu Gunsten des Personals

Wir verlangen die Behebung des Nachholbedarfs beim Lohnniveau des kantonalen Personals.

Nach der durch die GAP-Hysterie geprägten Stagnation der Löhne während der letzten Jahre fordern wir für die kommende Legislatur eine klare materielle Verbesserung für das Personal im öffentlichen Dienst.

3. Arbeitsplatzzufriedenheit

Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen für eine engagierte und motivierte Mitarbeit der kantonalen Angestellten verbessert werden.

Für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein intakter Service Public unerlässlich. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation des Kantons Basel-Landschaft (Kostendruck, GAP, Vorstösse zum Personalgesetz), ist die Beobachtung der Auswirkungen auf das Personal besonders wichtig. Das muss umgesetzt werden. Die Analyse der Personalbefragung (ausgelöst durch unser Postulat 2006/016) muss Hinweise und Empfehlungen zur Optimierung der Situation in der Kantonsverwaltung ermitteln.

4. Deckungslücke Pensionskasse

Wir verlangen eine faire und flexible Regelung bei der Schliessung der Deckungslücke der kantonalen Pensionskasse.

Wir erwarten eine sorgfältige Analyse durch die FKD und werden uns für eine faire Lösung für die Arbeitnehmenden einsetzen.

5. Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau soll wieder ins Zentrum gerückt werden

Es bestehen in unserem Kanton nur sehr wenige soziale oder genossenschaftliche Wohnbauprojekte. Es sind Anreize zu schaffen die vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten, einen Beitrag zur antizyklischen Investitionspolitik leisten könnten.

Umwelt und Energie

1. Natur und Umwelt

Wir engagieren uns für eine natürliche und lebenswerte Umwelt, indem wir

- die Bemühungen um einen "Natur-Park Jura" unterstützen.
- uns für Massnahmen des Natur- und Artenschutzes insbesondere bei Planungs-Vorlagen einsetzen.
- ökologisch wichtige und typische Landschaftselemente im Kanton BL (Magerwiesen, Hochstamm-Obstgärten...) fördern.
- das Verbandsbeschwerderecht verteidigen.

2. Energiepolitik

Wir setzen uns für energiepolitische Massnahmen in Richtung der Vision "2000-Watt-Gesellschaft" ein, indem wir

- den Minergie-Standard im Baugesetz, sowie einen (Energie-)Gebäudepass fordern.
- eine Förderabgabe zur Unterstützung alternativer Energien und für vorbildliche Sanierung älterer Gebäude verlangen.
- emissionsarme Motorfahrzeuge via Verkehrssteuer fördern.
- die Kantonale Verwaltung zu energetisch vorbildlichem Verhalten verpflichten (Neubauten, Bau-Sanierungen, Beschaffung von Geräten...).
- am Atomschutz-Artikel in der Kantonsverfassung festhalten wollen und uns für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft einsetzen.

3. Wasser und Abwasser

Wir wollen unsere Fliessgewässer und unser Grundwasser vor Verschmutzungen schützen, indem wir

- uns für die Sanierung grundwassergefährdender Deponien durch die Verursacher einsetzen.
- Massnahmen zur Werterhaltung und Effizienz-Steigerung unseres Abwasser-Reinigungs-Systems unterstützen.
- Massnahmen zum Schutz vor Hochwasser und Überschwemmungen unterstützen (Renaturierungen, Rückhalte-Systeme..).

Finanzen und Wirtschaft

1. Steuergerechtigkeit:

Wir fordern faire Steuern und ein vereinfachtes Besteuerungsverfahren.

Am Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darf nicht gerüttelt werden. Um dem unsinnigen Steuerwettbewerb begegnen zu können, braucht es keine Steuergeschenke an die Reichen, sondern eine materielle und formelle Steuerharmonisierung und eine Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens.

2. Ökologische Steuerreform:

Wir verlangen, dass der Kanton Anreize für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft schafft.

Der kantonale Spielraum für eine ökologische Reform des Steuerwesens muss ausgelotet und ausgeschöpft werden. Dabei ist, wenn immer möglich, auf eine Angleichung und Parallelität der entsprechenden Reformen mit den Partnerkantonen in der Nordwestschweiz zu achten.

3. Nachhaltiger Finanzhaushalt:

Wir verlangen mehr Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Finanzplanung.

Zur Sicherung und qualitativen Steuerung eines langfristig ausgeglichenen Staatshaushalts bedarf es einer transparenten und nachvollziehbaren Finanzplanung, die an die Stelle des heute sehr rudimentären Finanzplans treten muss.

4. Investitionspolitik:

Wir verlangen, dass die kantonale Investitionspolitik langfristig und stabil ausgelegt wird.

Deshalb sind Eckpunkte zu definieren, für die Bruttoinvestitionsquote bei ca. 1,5% (Nettoinvestitionsquote bei 1%). Anzustrebende Eckwerte sind auch für die Aufteilung der Investitionen nach Bereichen (Hochbau, Tiefbau, Umwelt, Gesundheit) vorzusehen. Insbesondere ist das in den letzten Jahren etablierte Übergewicht des MIV-Tiefbauanteils zu reduzieren und der ÖV-Anteil zu heben.

5. Vorfinanzierung grosser Infrastrukturprojekte

Über diverse Infrastrukturprojekte (2. Juradurchstich, Verkehrsentlastung Leimental, Doppelspur Basel – Laufen, etc) wird nur gesprochen.

Mit einer Vorfinanzierungsdiskussion können allenfalls Prioritäten in unserem Sinne gesetzt werden.

Sicherheit und Justiz

1. Polizei

Wir fordern ein klares Konzept für die Zusammenarbeit von Kantons- und Gemeindepolizei.

"Community Policing": Die Polizei hat eine präventive Funktion in der Gemeinde und im Quartier. Sie muss sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und als Ansprechpartnerin auf Strasse und Plätzen präsent sein, wo sich viele Menschen bewegen und dort, wo sich Menschen unsicher fühlen. Dazu braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Gemeindepolizei.

2. Private Sicherheitsorganisationen

Wir verlangen eine klare gesetzliche Regelung in Bezug auf Ausbildung, Weiterbildung und Aufgabenbereich von privaten Sicherheitsorganisationen.

Wenn das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung abnimmt, wird schnell der Ruf nach privaten Sicherheitsorganisationen laut. Das Gewaltmonopol des Staates darf aber keinesfalls beeinträchtigt werden.

3. Jugendgewalt

Wir fordern ein konkretes Programm für eine gezielte und breit angelegte Elternbildung im Kanton, wo elementares Wissen in Bezug auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen weitergegeben wird und wo Übungsmöglichkeiten geschaffen werden. Jugendliche sollen dabei direkt miteinbezogen werden.

Wenn Gewalt ausgeübt wird, sind repressive Massnahmen unerlässlich. Aufgabe des Staates ist es aber auch, präventive Massnahmen zu ergreifen, damit es gar nicht zu Gewaltausübung kommt.

4. Integration der ausländischen Bevölkerung

Wir verlangen ein Konzept für die Kulturvermittlungsarbeit in Kanton, Gemeinden und Schulen.

Damit der Inhalt des Integrationsgesetzes mit Fördern und Fordern tatsächlich umgesetzt werden kann, braucht es einerseits Integrationsprogramme für Ausländer/innen, die bereits hier leben. Damit solche Programme erfolgreich sind, braucht es gegenseitiges Verständnis für die Kultur des / der Andern.

5. Verfahren vereinheitlichen - Synergien nutzen

Wir streben an, auch im Gerichtswesen die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auszubauen und zu verbessern.

Die Vereinheitlichung des Verfahrensrechts ist im Gange. Wo möglich sollen auf dieser Grundlage Strukturen zusammengefasst und Synergien genutzt werden, vorab im Bereich von Gerichten in spezialisierten Rechtsgebieten. Im Vordergrund stehen dabei die Stärkung der Justiz und die Verbesserung der Verfahrenseffizienz.

Infrastruktur und Planung

1. Raumplanung

Wir setzen uns dafür ein, dass im Kantonalen Richtplan (KRIP) die Leitsätze, wie sie im Konzept Räumliche Entwicklung (KORE) festgehalten sind, im Sinne der Nachhaltigkeit auch umgesetzt werden.

Der Kanton Basel-Landschaft ist nach wie vor ein Wachstumskanton. Deshalb ist der koordinierten Entwicklung der Siedlungen und des Verkehrs grösste Beachtung zu schenken. Gleichzeitig gilt es, die weitgehend erhaltene Natur und Landschaft zu erhalten.

2. ÖV/Verkehr

Wir kämpfen für die Annahme und die rasche Umsetzung der in der ÖV-Initiative formulierten Forderungen ein. Wir verlangen die Vervollständigung des kantonalen Radroutennetzes sowie flächendeckende Tempo-30-Zonen.

Die SP steht für einen starken Öffentlichen Verkehr ein. Ein leistungsstarker ÖV ist unerlässlich für eine intakte Umwelt und eine gut funktionierende Wirtschaft. Der Langsamverkehr ist umwelt- und gesundheitspolitisch von grossem Wert. Deshalb braucht es ein vollständig ausgebautes und gut unterhaltenes Radroutennetz sowie verkehrsberuhigte Wohngebiete.

3. Strassenbau (Tiefbau)

Wir fordern, dass der bauliche Zustand der Kantonsstrassen überprüft und dessen Erhalt gesichert wird, bevor das Strassennetz weiter ausgebaut wird.

Der Zustand der Kantonsstrassen hat unter dem Spardruck der vergangenen Jahre zum Teil stark gelitten. Verpasste Nachbesserungen kommen teuer zu stehen. Investitionen in den Strassenbau sind also prioritär für den Erhalt der Bausubstanz einzusetzen. Die Südumfahrung lehnen wir ab. Eine erfolgsversprechende ÖV-Variante dazu ist zu entwickeln.

4. Wohnbau (Hochbau)

Wir fordern energiepolitische Massnahmen, die die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllen.

Minergie-P-Standard gehört ins Raumplanungs- und Baugesetz oder ins Energiegesetz. Kantonale Gebäude sind auf ihren energetischen und baulichen Zustand hin zu überprüfen und allenfalls nachzubessern.

Gesundheit und Prävention

1. Geriatrie

Wir fordern, dass die Geriatrie als Teil der medizinischen Grundversorgung des Kantons betrachtet wird.

In einer älter werdenden Bevölkerung müssen die medizinischen Aufgaben des Kantons an die Bedürfnisse angepasst werden. Die Geriatrie mit ihren besonderen Schnittstellen mit den Gemeinden (Spitex, Pflegeheime) darf nicht einfach ausgelagert werden.

2. Behandlungsketten

Die Behandlungsketten als medizinisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Lösungen sind endlich einzuführen.

Akutspital – Übergangspflege – Spitex bzw. Pflegeheime sind zu koordinieren und, zusammen mit Krankenkassen, zu finanzieren. Leistungserbringer sollen in der Vernetzung auch finanziell unterstützt werden, sofern dies nicht von den Versicherern übernommen wird.

3. Gesundheitspersonal

Beim Personal darf nicht gespart werden. Stellenplan und Löhne sind an die immer höher werdenden Anforderungen anzupassen.

Jahrelang wurde beim Personal gespart und dafür in die Technik investiert. Die Dichte an MRI und anderen Geräten ist enorm. Nun ist es Zeit, dass der Kanton in gut ausgebildetes und gerecht entlohntes Pflegepersonal investiert.

4. Suchtprävention

Wir verlangen ein Suchtkonzept, das die Jugendlichen auf breiter Basis anspricht.

Die Alkoholabgabe einzuschränken ist ein Teil, ein weiterer Teil das Werbeverbot. Um wirklich der Drogen- und Alkoholsucht zu begegnen braucht es weitere Massnahmen, dies unter Einbezug der Jugendlichen und der Elternbildung.

5. Gesundheit erhalten

Die „Gesundheit“ soll auch bei anderen Themen wie Umwelt oder Verkehrssicherheit thematisiert werden. Es ist maximale Sicherheit anzustreben.

Zu oft wird die Gesundheit der Bevölkerung bei Entscheiden ausgeklammert. Die Luftverschmutzung z.B. wird kaum erwähnt, obwohl sie Einfluss auf die Gesundheit der Bevölkerung hat. Massnahmen sind frühzeitig zu ergreifen.

Bildung, Kultur und Sport

1. Konkordat HarmoS und Bildungsraum Nordwestschweiz

Die Bildungsharmonisierung ist Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns vorbehaltlos für einen Beitritt des Kantons zum Konkordat HarmoS ein. Logische Konsequenz aus dem Konkordat ist eine staatsvertraglich vereinbarte Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone.

Insbesondere setzt sich die SP-Fraktion ein für

- die Schaffung einer gemeinsamen Schuleingangsstufe mit eindeutiger Präferenz der Basisstufe.
- eine Sekundarstufe I mit drei Abschlussniveaus unter einem Dach mit hoher Durchlässigkeit.
- einen einheitlichen Übertrittszeitpunkt für alle Schülerinnen und Schüler von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II.
- eine vierjährige Dauer des Gymnasiums.

2. Berufsbildung

Wir verlangen die Bildung eines Berufsbildungsfonds.

Obwohl der Berufsbildungsmarkt des Kantons im gesamtschweizerischen Vergleich relativ gut abschneidet, ist die Situation für Schulabgängerinnen und -abgänger nach wie vor schwierig. Wir nehmen nicht hin, dass jeweils rund 80 Jugendliche nach der Sekundarstufe I ohne Anschlusslösung bleiben. Ein Berufsbildungsfonds und ausgebaute Brückenangebote sollen die Chancen erhöhen.

3. Integration

Wir fordern den Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote sowie die schulische Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und/oder bildungsfernen Elternhäusern.

Die Integration kann insbesondere verbessert werden durch

- die Frühförderung, indem Angebote der familienergänzenden Betreuung ausgebaut und mit einem Bildungsauftrag versehen werden.
- den Ausbau und insbesondere die Finanzierung des Unterrichts in den Erstsprachen fremdsprachiger Kinder.

Ausserdem soll im Bereich der Schulung von Kindern mit Behinderungen die Integration in die Regelschule unterstützt werden. Die Umlagerung von Mitteln darf jedoch nicht zu einer Kürzung führen.

4. Schulleitungen und –sekretariate

Für die Umsetzung des Bildungsgesetzes brauchen die Schulleitungen und –sekretariate die erforderlichen Ressourcen.

Grössere Schulen brauchen mehr zeitliche Kapazität und insbesondere an kleinen Schulen (auf Stufe Kindergarten und Primarschule) ist die Umstellung auf die teilautonome, geleitete Schule nur ungenügend geglückt. Die Bildung von Schulleitungskreisen mit adäquat ausgestatteten Schulleitungen und –sekretariaten in ländlichen Gebieten bleibt Ziel.

5. Kulturförderung in beiden Basel

Wir fordern ein gemeinsames Kulturkonzept für Baselland und Basel-Stadt.

Insbesondere will die SP Fraktion eine breitere Abstützung des Theaters Basel bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft. Ein grösseres Engagement in diesem Bereich darf aber nicht zulasten eines vielfältigen Kunstschaffens und Kulturbetriebs im lokalen und regionalen Rahmen gehen.

Die SP-Landratsfraktion in den LR-Kommissionen

Fraktionspräsidium

Ruedi Brassel Präsident	r.brassel@bluewin.ch 061 821 48 65	Hauptstrasse 60 4133 Pratteln
Eva Chappuis Vizepräsidentin	chappuis.reinach@bluewin.ch 061 711 86 32	Binningerstrasse 38 4153 Reinach
Bea Fuchs Vizepräsidentin	beafuchs@bluewin.ch 061 481 07 06	Maiengasse 9 4123 Allschwil

Geschäftsprüfungskommission

Jürg Degen	degen.portmann@freesurf.ch 061 971 13 11	Landstrasse 51 4452 Itingen
Andreas Helfenstein	andreas.helfenstein@smile.ch 061 462 00 37	Stettbrunnenweg 43 4132 Muttenz
Hanni Huggel	hanni-huggel@bluewin.ch 061 411 28 85	Laufenstrasse 10 4142 Münchenstein
Ursula Jäggi	maurjaeggi@gmx.ch 061 721 49 37	Hinterweg 23 4106 Therwil

Finanzkommission

Ruedi Brassel	r.brassel@bluewin.ch 061 821 48 65	Hauptstrasse 60 4133 Pratteln
Marc Joset	info@marcjuset.ch 061 302 78 08	Paradiesstrasse 28 4102 Binningen 1
Eric Nussbaumer	enussbaumer@vtxmail.ch 061 901 60 63	Bruggweg 1 4402 Frenkendorf

Bau- und Planungskommission

Urs Hintermann	urs.hintermann@intergga.ch 061 711 14 33	Quellenweg 16 4153 Reinach
Martin Rüegg	martin.rueegg@eblcom.ch 061 981 51 76	Lachmattstrasse 16 4460 Gelterkinden
Kathrin Schweizer	kathrinschweizer@vtxmail.ch 061 373 10 80	Bernhard Jaeggi.Str. 10 4132 Muttenz

Umwelt- und Energiekommission

Thomas Bühler	tbuehler@eblcom.ch 061 921 14 50	Grienackerstrasse 24 4415 Lausen
Ueli Halder	uhalder@bluewin.ch 061 481 78 71	Rebgässli 20 4123 Allschwil
Hannes Schweizer	retschen@bluewin.ch 061 941 10 67	Retschen 106 4425 Titterten

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Pia Fankhauser	fankhauser@intergga.ch 061 402 15 68	In den Lettenreben 15 4104 Oberwil
Andreas Giger	andreas.giger@unia.ch 061 741 24 13	Baselstrasse 9 4203 Grellingen
Daniel Münger	daniel.muenger@syndicom.ch 061 411 72 61	Baumgartenweg 27 4142 Münchenstein

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Eva Chappuis	chappuis.reinach@bluewin.ch 061 711 86 32	Binningerstrasse 38 4153 Reinach
Beatrice Fuchs	beafuchs@bluewin.ch 061 481 07 06	Maiengasse 9 4123 Allschwil
Elsbeth Schmied	epmschmied@freesurf.ch 061 901 47 90	Ostenbergstrasse 16 4410 Liestal

Justiz- und Polizeikommission

Ursula Jäggi	maurjaeggi@gmx.ch 061 721 49 37	Hinterweg 23 4106 Therwil
Regula Meschberger	regula.meschberger@teleport.ch 061 311 51 23	Riehenstrasse 20 4127 Birsfelden
Robert Ziegler	rziegler@teleport.ch 061 821 52 97	Gempenstrasse 22 4133 Pratteln

Personalkommission

Eva Chappuis	chappuis.reinach@bluewin.ch 061 711 86 32	Binningerstrasse 38 4153 Reinach
Rosmarie Vögelin	rosmarie.voegelin@bluewin.ch 061 981 59 17	Riggenbachgasse 20 4497 Rünenberg

Petitionskommission

Elsbeth Schmied	epmschmied@freesurf.ch 061 901 47 90	Ostenbergstrasse 16 4410 Liestal
Robert Ziegler	rziegler@teleport.ch 061 821 52 97	Gempenstrasse 22 4133 Pratteln

Zusätzliche Informationen zu den Mitgliedern der SP-Landratsfraktion finden sich auf der Website www.sp-bl.ch/landrat/index.